

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

die nächste Ministerratskonferenz 2025 der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) wird in Deutschland stattfinden. Bei diesen Konferenzen, die etwa alle drei Jahre stattfinden, setzen die Vertreter der 22 Mitgliedstaaten den inhaltlichen und finanziellen Rahmen für Weltraumprojekte der ESA, an denen sie sich beteiligen wollen.

Bei der letzten Ministerratskonferenz 2022 in Sevilla hat Deutschland einen Beitrag von vier Milliarden Euro „gezeichnet“, darunter 669 Millionen Euro für Erdbeobachtung, 365 Millionen Euro für Projekte der Telekommunikation, 368 Millionen Euro für Raumtransport und -betrieb sowie 726 Millionen Euro für den Bereich astronautische Raumfahrt. Mit rund 21 Prozent ist Deutschland nicht nur Schwergewicht in der ESA-Familie, sondern auch größter „Beitragszahler“. Dennoch lohnen sich diese Investitionen: Jeder investierte Euro kommt fließt dreifach zurück und jeder Job in der Raumfahrtbranche

erzeugt zwei zusätzliche Arbeitsplätze bei Zulieferern und anderen Unternehmen.

Eine Konferenz von diesem Format und diesem Finanzrahmen muss sorgfältig vorbereitet werden, da hier Projekte für viele Jahre beschlossen werden. Daher stand diese Woche für mich ganz im Zeichen der Raumfahrt – ein Thema, für das ich unglaublich brenne. Immerhin sind viele Menschen aus meiner Heimat in der Luft- und Raumfahrtbranche in Lohn und Brot!

Mehr Informationen finden Sie in den jeweiligen Rubriken.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer



Andreas Mattfeldt MdB

FOTO DER WOCHE



v.l.n.r.: Andreas Mattfeldt MdB, Samantha Cristoforetti (ital. Astronautin), Daniel Neuschwander (Director of Human and Robotic Exploration der ESA)

Astronautin Cristoforetti zu Gast

Einen Astronauten wie Alexander Gerst oder Matthias Maurer begrüßen zu dürfen ist bereits ein unvergessliches Erlebnis und eine große Ehre. Eine Astronautin wie Samantha Cristoforetti begrüßen zu dürfen ist etwas ganz Besonderes. Denn Raumfahrt ist als technische Branche nach wie vor fest in „männlicher Hand“.

Insofern hat es mich besonders gefreut, dass Daniel Neuschwander von der ESA zu unserem Gespräch über die anstehenden und laufenden Weltraummissionen und -projekte von der italienischen Astronautin begleitet wurde. Die ehemalige Kampfpilotin der italienischen Luftwaffe hat einen eindrucksvollen Lebenslauf – sie ist die erste italienische Frau im Weltraum, die erste europäische Frau mit einem Außenbordeinsatz und die erste europäische Frau, die das Kommando auf der ISS hatte. Sie ist ein Vorbild für alle junge Frauen, die sich für klassische „männliche“ Hochschul- oder Ausbildungswege interessieren.

Zudem habe ich mich mit Daniel Neuschwander austauschen können, wie wir im Rahmen der Artemis 3-Mission, der bemannten Mondlandung im Jahr 2029, den ersten Europäer auf den Mond bekommen.

THEMEN DER WOCHE



v.l.n.r.: Magnus von Cramm (ArianeGroup), Andreas Mattfeldt MdB, Jens Schröter (Head of Public Affairs, ArianeGroup)

Ariane 6-Rakete hebt ab

Diesen Sommer wird die Ariane 6-Rakete ihren Erstflug ab dem französischen Weltraumbahnhof in Kourou, Französisch-Guyana, absolvieren. Damit setzt sich die erfolgreiche Geschichte der europäischen Ariane-Raketen fort, deren Fokus vor allem in der kommerziellen Nutzung liegt, Nutzlasten wie bspw. Satelliten, in die Umlaufbahn der Erde zu befördern.

Das bevorstehende Ereignis wird im Juni oder Juli stattfinden. Das habe ich zum Anlass genommen, mich bei Jens Schröter von der ArianeGroup über die letzten Vorbereitungen zu informieren.

Die Entwicklung der Ariane 6 habe ich jahrelang aktiv begleitet. Die technischen Herausforderungen waren ebenso zu bewältigen, wie die finanziellen. Insofern bin ich ein wenig stolz, dass die aktuellen Buchungszahlen für diesen Launcher vielversprechend sind.



v.l.n.r.: Andreas Mattfeldt MdB, Dr. Marc Steckling (Leiter der Raumfahrt und Raumfahrtexploration bei Airbus Defence and Space)

Ohne deutsche Technologie hebt kein Ami ab

Das European Space Transport (ESM) von Airbus spielt eine unverzichtbare Schlüsselrolle im Rahmen des Artemis-Programms. Das Artemis-Raumtransportsystem besteht im Wesentlichen aus Orion, dem Crew-Modul der NASA, und dem ESM, der Service-Einheit der ESA (European Space Agency), das größtenteils in Bremen gebaut wird. Im ESM sitzen das Haupttriebwerk, die Tanks für Treibstoffe und die „lebenserhaltende Klimaanlage“ für Crew und Fracht.

Deutsche Technologie ist somit Dreh- und Angelpunkt für die Durchführung der Artemis-Missionen - einer Kooperation von Amerikanern (NASA), Europäern (ESA), Japanern (JAXA) und Kanadiern (CSA) – an deren Ende mit Artemis 3 die bemannte Mondlandung erfolgen wird. Als zuständiger Haushalter für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) darf ich diese Missionen aktiv begleiten.

Mit Dr. Marc Steckling habe ich mich über den aktuellen Einsatz der Module ausgetauscht und zudem spannende Zweitverwertungen diskutiert.



v.l.n.r.: Stephan Albani MdB, Dr. Peter Weiss (ZDH), Matthias Steffen (HWK), Andreas Mattfeldt MdB, Eckhard Sudmeyer (HWK)

Brot- und Buttergeschäft nicht vergessen

Bei den Bildungsstätten des Handwerks gibt es einen erheblichen Investitionsstau von insgesamt rund drei Milliarden Euro. Davon entfallen auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz eine Milliarde Euro und auf das Bundesministerium für Bildung und Forschung zwei Milliarden. Beiden Ministerien liegen 215 Förderanzeigen des deutschen Handwerks vor, deren Umsetzung nicht gesichert ist. Ein Problem, dass die Ampel-Koalition nicht anpackt und bei der Finanzausstattung im Bundeshaushalt völlig ignoriert.

Mein niedersächsischer Kollege Stephan Albani, Mitglied des Ausschusses für Bildung und Forschung, und ich kämpfen seit Jahren gegen diese Mangelausstattung. Allein in den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2024 habe ich mich dafür ausgesprochen, die Finanzausstattung bei den Fortbildungseinrichtungen gegenüber dem Regierungsentwurf um 32 Millionen Euro auf dann 70 Millionen Euro aufzustocken und für die nächsten Jahre auf diesem Niveau zu halten. Der von mir eingebrachte Antrag hat die Ampel-Koalition leider abgelehnt.

Durch den Besuch des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) und der Handwerkskammer (HWK) sind Stephan Albani und ich jedoch bestärkt, dass wir in dieser Angelegenheit am Ball bleiben werden. Die klassischen Ausbildungs- und Handwerksberufe verdienen unseren Respekt!

Ampel-Streit zum Bundeshaushalt 2025

Die Haushaltssituation des Bundes ist dramatisch. Bereits vor den Haushaltsanmeldungen der Ressorts klappte im Etat 2025 eine Lücke von 25 Mrd. Euro. Mittlerweile ist diese noch größer geworden. Statt Einsparvorschläge zu unterbreiten, wollen einige Bundesministerien den ganz Großen „Schluck aus der Pulle“ nehmen. Das passt nicht in die aktuelle Lage unseres Landes. Zusätzlich wären eine echte Wirtschaftswende milliardenschwere Entlastungen erforderlich. Die Bundesregierung hat keinen Plan, wie die bestehende Haushaltslücke geschlossen werden soll.

Die bestehende Lücke im Bundeshaushalt 2025 wird sich nur schließen lassen, wenn die Ampel alle Ausgaben auf den Prüfstand stellt und eine klare Priorisierung der zur Verfügung stehenden Mittel unter dem Leitmotiv „Zeitenwende“ vornimmt. Die Ampel hat hierfür offensichtlich weder den inneren Zusammenhalt noch den politischen Rückhalt in der Bevölkerung. Die Ampel-Koalition zeigt erneut ihre Unfähigkeit zur Erarbeitung tragfähiger Lösungen für die Staatsfinanzen. Der öffentliche Streit um den Bundeshaushalt 2025 wird einem verantwortungsvollen Regierungshandeln nicht gerecht.

Aktuelle Stunde: Kernkraft-Aus unter fragwürdigen Umständen

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Bundesminister Habeck beteuerte, einen möglichen Weiterbetrieb der Kernkraft in Deutschland ergebnisoffen prüfen zu wollen. Anfang März 2022 veröffentlichten die Bundesministerien von Robert Habeck und Steffi Lemke einen „Prüfvermerk“, in welchem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde. Zu den Hintergründen dieser Ablehnung hat Bundesminister Habeck die Herausgabe von Unterlagen lange verweigert. Journalisten haben nun vor Gericht die Herausgabe erzwungen und nachgewiesen, dass beide Ministerien nicht aufgrund von fachlichen Erwägungen, sondern aus rein ideologischen Gründen zu einer Ablehnung des Weiterbetriebs der Atomkraftwerke gekommen sind.

Die uns vorliegenden Informationen drängen die Schlussfolgerung auf, dass die Bundesregierung in einer Frage der nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich unter Gesichtspunkten der grünen Parteipolitik entschieden hat. Die deutsche Öffentlichkeit hat einen An-

spruch darauf zu erfahren, wie und warum die Bundesregierung in einer Lage von Krieg in Europa zu einer Frage der nationalen Energiesicherheit vorging in ihren Ministerien und vor allem auch ihre eigene Rolle transparent und vollumfänglich aufklären.

Antrag von CDU/CSU: Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen

Islamisten skandieren auf deutschen Straßen Forderungen nach einem islamischen Gottesstaat und der Einführung der Scharia. Ende April zogen über 1.000 Demonstranten unter dem Motto „Das Kalifat ist die Lösung“ durch Hamburg. Am vergangenen Wochenende gab es erneut Demonstrationen mit etwa 2.000 Teilnehmern. Diese extremistischen Gruppierungen und ihre Anhänger sind eine Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Forderung nach Errichtung eines islamistischen Terrorstaats ist dennoch bei uns bisher nicht strafbar.

In Deutschland halten sich rund 27.480 Personen auf, die von den Sicherheitsbehörden dem Islamismus zugeordnet werden. Dem islamistisch-terroristischen Personenpotenzial werden 1.680 Personen zugeordnet, davon besitzen etwa 820 Personen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Bundesregierung sind für 2023 aber nur acht Abschiebungen von islamistischen Gefährdern in ihre Heimatländer bekannt.

Der Rechtsstaat muss auf die wachsende Bedrohung durch den islamistischen Islam reagieren. Mit unserem Antrag fordern wir:

- eine effektive Kontrolle und Bekämpfung des politischen Islams durch die Sicherheitsbehörden,
- wirksame Maßnahmen gegen extremistische und terroristische Geldtransfers und
- Anpassung des Strafrechts sowie des Staatsangehörigkeitsrechts.

Die Anhänger des politischen Islam fordern auf deutschen Straßen offen die Errichtung eines Gottesstaates und greifen so die freiheitlich-demokratische Grundordnung an. Wir stehen für die entschlossene Verteidigung unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Werte und setzen auf Taten statt Worte: Zukünftig soll es strafbar sein, öffentlich die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines Gottesstaates zu fordern.

TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 12. – 14. Mai: NATO-Übung SWIFT RESPONSE in Ungarn und Rumänien
- 13./14. Mai: Tagung der Eurogruppe und Wirtschafts-/Finanzministerrats
- 15. Mai: EU-KOM stellt Bericht zur „Sicherheits-Union“ vor
- 15. Mai: IHK-Tag 2024 der DIHK
- 15. Mai: Pressekonferenz des Sachverständigenrats zum Frühjahrsgutachten